

Vorurteile, Hass und Aktionen gegen Andersdenkende, Fremde, Migranten, Juden damals und heute

Beispiel 2: Terror gegen Fremdarbeiter, Migranten 1991/2 in Ostdeutschland

Pogrome gegen Ausländer und Asylsuchende



Neben der meist spontanen Gewalt gab es in den neuen Bundesländern auch Beispiele für gruppenspezifische Gewaltexzesse gegen Ausländer, die von Rechtsextremisten wie von bis dahin unauffälligen Bürgern verübt wurden. Neben der meist spontanen Gewalt, die Neonazis gegen alles richteten, was ihrem Bild eines nationalsozialistischen Staates widerspricht, gab es in den neuen Bundesländern auch Beispiele für gruppenspezifische

Gewaltexzesse gegen Ausländer, die gleichsam von Rechtsextremisten wie von sogenannten normalen, bisher unauffälligen Bürgern verübt wurden. Aggressive Rechtsextreme erschienen hier wie Vollstrecker des Mehrheitswillens.

Hoyerswerda



Die völlig verängstigten Bewohner fordern von der Landesregierung Sachsen ihre Verlegung in eine andere Unterkunft, und zwar im Westen Deutschlands.

Der Gewaltexzess gegen Ausländer hat am 17. September 1991 seinen Ausgangspunkt. Rund zehn Neonazis attackierten auf dem Marktplatz von Hoyerswerda vietnamesische Händler, die in ihr Wohnheim flüchteten. Danach ziehen Rechtsextremisten vor die Unterkunft und skandieren „Ausländer raus!“- und „Sieg Heil“-Parolen.

Mit Molotowcocktails, Brandflaschen, Eisenkugeln und anderen Gegenständen attackieren sie die Anwohner. Die Ausschreitungen dauern bis zum 23. September 1991. Zu bestimmten Zeiten stehen bis zu 500 Personen vor dem Wohnheim und beteiligen sich unter dem Applaus vieler Nachbarn an den Übergriffen. Die Bilanz: über 30 Verletzte.

Rostock-Lichtenhagen

Am Abend des 22. August 1992 greifen hunderte rechtsradikale Jugendliche die Asylbewerber-Unterkunft in Rostock-Lichtenhagen an. Sie skandieren Parolen wie „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus“. 30 Polizisten, die sich den Angreifern entgegenstellen möchten, werden brutal zusammengeschlagen, während die Anwohner den Rechtsextremen Beifall klatschen. Für die Randalierer gibt es Bier und Schnaps. Neonazis aus den alten Bundesländern beteiligen sich an dem Pogrom und rekrutieren Mitglieder. Zum Höhepunkt der Auseinandersetzungen stehen rund 800 Polizeibeamte bis zu 1.000 rechtsextremen Gewalttätern und 2.000 Zuschauern gegenüber, die den Gewaltmob unterstützen. Die Bilanz: Knapp 100 Menschen entkommen nur knapp dem Flammentod.

aus: Mdr-Zeitreise, <https://www.mdr.de/geschichte/schwerpunkte/rechtsextremismus/rechtsextremismus190.html>, entnommen 18.1.2022

Hintergrund Hoyerswerda

Unerwünschte NachbarInnen – Asylsuchende in Hoyerswerda

Wie in vielen ostdeutschen Städten wurden auch in Hoyerswerda nach dem Ende der DDR erstmals Asylsuchende aufgenommen. Ihre Unterkunft befand sich in einem Plattenbaublock. Die Überbelegung des Gebäudes und ein mangelnder Austausch mit der umliegenden Bevölkerung förderten von Beginn an ein von Vorurteilen geprägtes Klima gegenüber den Neuankömmlingen. Durch den allgemeinen Anstieg der Flüchtlingszahlen in der Bundesrepublik auf Grund des Jugoslawienkrieges sowie der damit

einhergehenden Negativberichterstattung in den Medien wurden die bestehenden Spannungen zwischen Einheimischen und Asylsuchenden weiter befeuert.

Aufnahme von Asylsuchenden in Hoyerswerda

[...] Im Verlauf des Jahres 1991 kamen lediglich um die 250 Personen nach Hoyerswerda und nicht wie angekündigt 850. Die stammten jedoch aus über 20 verschiedenen Nationen. Bei ihrer Unterbringung wurden die Ankommenden nach ihrer Hautfarbe getrennt, eine Berücksichtigung von ethnischen oder religiösen Differenzen fand hingegen nicht statt. Auch familiäre Beziehungen spielten bei der Zuteilung der Wohnräume keine Rolle. Aufgrund der Beschaffenheit des Gebäudes und der konzentrierten Belegung ist davon auszugehen, dass sich im Durchschnitt 12 bis 16 Personen jeweils eine Vierraumwohnung teilen mussten.

[...] Den in der Rundschau wiedergegebenen Äußerungen der damaligen Leiterin der Ausländerbehörde Carola Hypko zufolge, habe es bis zum September 1991 „im Heim keine schwerwiegenden Probleme im Zusammenleben verschiedener Völkerschaften und Religionen gegeben.“ Die 20 Kinder der BewohnerInnen hätten auf Grund ihrer Lernfortschritte bezüglich der deutschen Sprache ohne weiteres in den regulären Schulbetrieb übernommen werden können, was jedoch an fehlenden Regelungen des Sächsischen Schulgesetzes scheiterte. Zudem hätten laut Hypko bereits Angebote vorgelegen, um Asylsuchende „im Vereinsleben zu integrieren.“

Reaktionen in der Stadt

Trotz des positiven Engagements einzelner BürgerInnen herrschte schon vor dem Zeitpunkt der Aufnahme von Asylsuchenden ein stark ausländerfeindlich geprägtes Klima in Hoyerswerda. Wie die organisierten Angriffe von Neonazis und rechten Jugendlichen auf Vertragsarbeiter am 1. Mai und 3. Oktober 1990 gezeigt hatten, sank auch die Hemmschwelle gegenüber gewalttätigen Aktionen, ohne dass es zu nennenswerten Protesten aus der Bevölkerung kam. Durch die gleichzeitige Etablierung und Duldung der Bürgerwehr „Neue Deutsche Ordnung“ zeichnete sich ab, dass Rechtsradikale von zahlreichen BürgerInnen als sozialer Ordnungsfaktor in unsicheren Zeiten wahrgenommen wurden.

Die Ankommenden galten hingegen vor allem als KonkurrentInnen um die knappen werdenden sozialen und finanziellen Ressourcen in der Stadt. Wie Carola Hypko im Oktober 1991 gegenüber der Stadtverordnetenversammlung berichtete, waren zwei Vorurteile gegenüber den Asylsuchenden besonders wirkmächtig. Zum einen hielt sich das Gerücht, dass jene überaus umfangreiche finanzielle Zuwendungen genossen, obwohl, mit Ausnahme von 520 D-Mark „Taschengeld“ pro Jahr, nahezu alle geltenden Ansprüche in Form von Sachleistungen erbracht wurden. Zum anderen war kolportiert worden, dass durch ihre Unterbringung in der Thomas-Müntzer-Straße dringend benötigter Wohnraum für die einheimische Bevölkerung besetzt worden wäre, was schon auf Grund der vorhergehenden Nutzung des Gebäudes als Wohnheim für VertragsarbeiterInnen nicht den Tatsachen entsprach.

Probleme in der Nachbarschaft

[...] In den Sommermonaten des Jahres 1991 häuften sich Beschwerden von AnwohnerInnen über nächtliche Ruhestörungen, die von den BewohnerInnen der Unterkunft ausgingen. Anhand der Eintragungen eines Dienstbuches der BetreuerInnen, von denen seit Juli jeweils eine Person auch zur Nachtschicht am Wohnheim eingesetzt wurde, beschreibt Wowtschek einzelne Vorfälle. So kam es tatsächlich zu mehreren Zwischenfällen, bei denen sich etwa einzelne BewohnerInnen lautstark unterhielten und auf Grund von AnwohnerInnenbeschwerden eingeschritten werden musste. Außerdem wurden wiederholt Abfälle und Möbelteile aus den Fenstern des Gebäudes geworfen. Auch zwischen den Asylsuchenden entstanden hin und wieder Konflikte. Allerdings gab es ebenso Beschwerden, die sich gegen die BewohnerInnen richteten, obwohl diese den beanstandeten Lärm nicht verursacht hatten. Gleichzeitig beschwerten diese sich ebenfalls, wenn etwa deutsche AnwohnerInnen zu später Stunde feierten. Zudem finden sich Eintragungen, die von Bedrohungen und Angriffen gegenüber den Asylsuchenden berichten. So wurde am 18.07.1991 beobachtet, wie Jugendliche versuchten, einen Brandanschlag auf das Gebäude zu verüben.

Ebenfalls im Juli 1991 kam es laut einem Bericht der Sächsischen Zeitung vom 09.11.1991 in der Unterkunft zur Vergewaltigung einer Minderjährigen aus Berlin durch drei Rumänen im Beisein weiterer Bewohner. Alarmiert von den Schreien des Mädchens verständigten AnwohnerInnen die Polizei, die zwei Verdächtige festnehmen konnte. Dieser Vorfall, sowie Artikel über die Beschwerden der NachbarInnen und Berichte von Polizeiaktionen gegen vietnamesische Zigarettenhändler verstärkten die negative Haltung gegenüber den Asylsuchenden massiv. Wowtscherk bemerkt in diesem Kontext: „Bedenkt man, dass in den Zeitungen keine Berichte und Reportagen über die Asylbewerber zu lesen waren, sondern Ausländer nur in den veröffentlichten Polizeiberichten erwähnt wurden, verzerrte dies die Wahrnehmung (...) durch die Hoyerwerdaer Bürger. Denn in einer Situation, als die Hoyerswerdaer eigene Existenzängste verarbeiten mussten, bedurfte es einer Aufklärung, warum die Stadt zusätzlich Hilfbedürftige aufnehmen muss. Doch die Medien klärten die Einwohner nicht über die komplexen Zusammenhänge auf. Ausländer erschienen in der Presse stattdessen als Schmuggler und Sittenverbrecher, als Kriminelle.“

Bürgerforum als verspäteter Lösungsversuch

Nachdem sich zahlreiche AnwohnerInnen in einem offenen Brief über eine Minderung ihrer Wohnqualität durch eine dauerhafte Lärmbelästigung beschwert hatten und beanstandeten, dass ihren Forderungen nach Mietminderung auf Grund des angrenzenden Wohnheims für Asylsuchende nicht nachgegeben wurde, berief der amtierende Bürgermeister Klaus Naumann am 27.08.1991 eine EinwohnerInnenversammlung zur Klärung der Lage ein. Mehr als 300 Personen besuchten die Veranstaltung. Bis auf die Teilnahme eines afrikanischen Betreuers, der um Verständnis warb und sich für die Belange der HeimbewohnerInnen einzusetzen versuchte, ist über eine Einladung oder Anwesenheit von Asylsuchenden nichts bekannt. In einem Interview mit dem Soziologen Detlef Pollack äußerte Naumann, der die Versammlung leitete, „in dem Saal habe eine aufgeheizte Stimmung (...) geherrscht.“ Auch die Sächsische Zeitung berichtete in einem entsprechenden Beitrag vom 05.09.1991 von der Schwierigkeit, „die Diskussion in sachliche Bahnen zu lenken, um praktische Lösungen zu finden.“

Zu den bisherigen Beschwerden kamen nun u.a. auch Unmutsäußerungen über Bettelei und das „Wühlen in (...) Mülltonnen“ seitens der Asylsuchenden, die ebenfalls von den Lokalmedien aufgegriffen wurden. Trotz der aufgebrachten Stimmung, Aufrufen zum eigenmächtigen Handeln der AnwohnerInnen und der einhelligen Forderung nach einer Schließung des Wohnheims, waren die Verantwortlichen weiter um eine Lösung des Konfliktes bemüht. Laut dem Artikel der SZ empfahl etwa ein „anwesender Vertreter des Kreistages (...) die Bildung eines Heimbeirates mit Anwohnern und Heimbewohnern sowie den Einsatz von zwei Betreuern bei Nacht. (...) Bürgermeister Neumann versprach die anstehenden Probleme der Ordnung und Sicherheit mit den zuständigen Stellen zu klären, weiter nach geeigneteren Unterkünften für Asylbewerber zu suchen und beraumte in vier Wochen einen erneuten Termin zum Thema an.“

Ein Artikel im Hoyerswerdaer Wochenblatt vom 30.08.1991 interpretierte die Lage im Nachgang der Veranstaltung bereits ganz im Sinne derjenigen, die an einer weiteren Eskalation interessiert schienen. Unter den Überschriften „Wohnheim muß weg“ und „Vier-Wochen-Frist“ war dort zu lesen: „Die Behörden sollten zweifellos schnellstens die Situation in den Griff bekommen. Sonst tun dies vielleicht andere. Erste rechtsradikale Meinungsäußerungen wurden bereits laut.“ Als drei Wochen später die Angriffe auf die Unterkunft begannen, trat die Machtlosigkeit sowie eine mangelnde Verantwortungsbereitschaft zuständiger Akteure schließlich offen zu Tage. Heimleiter Werner Trautmann, der dem Treiben aus sicherer Entfernung beiwohnte, wurde in der Frankfurter Rundschau vom 25.09.1991 mit den Worten zitiert: es müsse ja „niemand wissen, dass ich hier arbeite. Sonst gelte ich noch als Negerfreund.“ Nachdem die Asylsuchenden schließlich aus der Stadt evakuiert worden waren, druckte das Hoyerswerdaer Wochenblatt am 08.10.1991 ein skurril anmutendes Schreiben der „Mieter der Thomas-Müntzer-Straße 18“ ab. Darin wurden die Bemühungen der Wohnungsgesellschaft, „uns das Wohnen in dieser Umgebung zu erleichtern“, anerkannt und gewürdigt. Jetzt, wo die unerwünschten NachbarInnen fort waren, schien die Angelegenheit erledigt.

aus: Initiative Pogrom 91, <https://www.hoyerswerda-1991.de/1991/nachbarschaft.html>, entnommen am 18.1.2022